

Sächsische Dorfzeitung und Sbgauerpresse

Verleger: Rudolf Droschke, Dresden, Br. 2400
Tel.-Nr.: Sbgauerpresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Kont.: Stadtkant Dresden, Straße Dörflich Nr. 606
Postfach-Nr.: Nr. 211 Dresden

Zugabezeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Wetzer Girsch, Bühlau, Rochwitz und Gaudenzsch (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Gorkwitz, Pilsnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Sbgau-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co., Dresden-Blasewitz. - Verantwortlich für Inhalt: Carl Droschke, für den Verlag: Johann Eugen Berner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Kunst, Fremden- und Kurliste, Leben im Ort, Sport-Bericht, Lokal-Beilage, Nachrichten, Briefkasten, etc. Der Druckpreis beträgt drei bis fünf Mark. Die Beilagen sind separat zu bestellen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 12 Mark pro Jahr. Die Beilagen sind separat zu bestellen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 12 Mark pro Jahr. Die Beilagen sind separat zu bestellen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 12 Mark pro Jahr.

Die Generaloffensive gegen Abd el Krim beginnt

Sieben französische Divisionen in der Kampffront

Nach den Meldungen von der Marokkofront ist ein Angriff der Franzosen im Gange, bei dem 25 Bataillone eingesetzt sind. Man rechnet damit, die Offensive auf eine Front von 150 Kilometer auszudehnen und sieben Divisionen mit insgesamt 74 Bataillonen einzusetzen. Ingesamt soll die Stärke der französischen Truppen an der Riffront auf hundert Bataillone gebracht werden. Nach dem „Temps“ beabsichtigt das französische Oberkommando, die Operationen bis ins Rifgebiet vorzutragen, um die Waffenslager der Araber zu zerstören. Andererseits wird gemeldet, daß die Agenten Abd el Krim in ganz Marokko erfolgreich tätig seien und daß er noch immer über große Geldbeträge verfüge, namentlich die ägyptischen Mohammedaner hätten große Geldsummen gestiftet, auch Waffen und Munition sollen neuerdings in erheblicher Menge ins Rifgebiet eingeschuggelt worden sein.

Marshall Beldin wird sich nach einer Unterredung mit Painlevé zur Uebernahme des Oberbefehls nach Marokko begeben. Unterwegs wird er mit General Primo de Rivera zusammentreffen. Die bereits gestern für wahrheitsgemäß erklärte Operation spanischer Truppen in der Alhucemas-Bucht wird nunmehr auch von amtlicher spanischer Seite als Erkundung englischer Wälder bezeichnet. In militärischen Kreisen sieht man vielmehr diese Landungsaktion als so schwierig an, daß man sie wohl als endgültig erledigt betrachtet darf, zumal Abd el Krim seine Stellung bei Ajdir außerordentlich stark befestigt hat.

Savas meldet aus Fez: Im Abschnitt von Taza haben die französischen Streitkräfte bei den Teilangriffen, die die Vorbereitung für eine großangelegte Offensive bilden, einen Erfolg erzielt. Westlich von Wezzan sind von französischer Seite zwei Stützpunkte angelegt worden, die die Verbindung zur spanischen Front sichern sollen. Die Operationen im Abschnitt der Fouls entwickeln sich günstig. Der Feind mußte sich nach Norden zurückziehen und wird vom französischen Bombengeschwader verfolgt.

Die französische Antwort nach Berlin abgefaßt

Die französische Antwortnote auf die deutsche Note in der Frage des Sicherheitspaktes ist heute nachmittag an den französischen Botschafter in Berlin de Margerie abgegangen. Sie umfaßt 5 Seiten Text. Der französische Botschafter wird die Note der deutschen Regierung überreichen, sobald er vom Quai d'Orsay Anweisung dazu erhalten haben wird, voraussichtlich Ende der Woche.

Noch eine Vorbereidung der Außenminister?

Wie wir hören, hat es neuerdings den Anschein, daß es doch noch zu einer Vorbereidung der alliierten Außenminister mit Vertretern der deutschen Regierung kommen wird. Diese Vorbereidungen sollen aber auf keinen Fall in Genf stattfinden, sondern es dürfte vielmehr ein anderer Treffpunkt verabredet werden. Der Wunsch der Reichsregierung, daß man alsbald eine große Konferenz einberufen, wird sich wahrscheinlich noch nicht verwirklichen lassen, da man jetzt mit gewissen Schwierigkeiten über das Programm einer solchen Konferenz zu rechnen haben wird.

Durchführungsbestimmungen zum Steuerüberleitungsgesetz

Nach Zustimmung des Reichsrats sind die Durchführungsbestimmungen zum Steuerüberleitungsgesetz am 30. Juli erlassen worden. Sie enthalten drei Abschnitte.

Der erste Abschnitt behandelt die für die Besteuerung künftige maßgebenden Wirtschaftsjahre. Maßgebend ist:

1. bei Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und sonstiger nicht gewerblicher Bodenbewirtschaftung das gesetzliche Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni. An Stelle dieses Zeitraumes tritt bei reiner Weidewirtschaft und reiner Viehzucht das Wirtschaftsjahr vom 1. Mai bis 30. April. Für bestimmte Betriebsarten und bestimmte Bezirke können noch andere Abweichungen zugelassen werden.
2. bei Gewerbebetrieben sowie bei Körperschaften und sonstigen Erwerbsgesellschaften gilt für Steuerpflichtige, die ordnungsmäßige Handelsbücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches führen, als Wirtschaftsjahr der Zeitraum, für den regelmäßige Abschlässe gemacht werden, im übrigen das Kalenderjahr.
3. bei allen anderen Einkommensarten ist das Kalenderjahr für die Besteuerung maßgebend.

Anmeldung des Wirtschaftsjahrs.

Beitrag das Wirtschaftsjahr des einzelnen von dem allgemeinen üblichen, d. h. also bei der Landwirtschaft von dem Wirtschaftsjahr 1. Juli bis 30. Juni, beim Gewerbebetrieb vom Kalenderjahr ab, so ist das abweichende Wirtschaftsjahr anzumelden; hierüber werden noch öffentliche Bekanntmachungen ergehen.

Der zweite Abschnitt regelt den Zeitraum, für den die Steuer nach dem Steuerüberleitungsgesetz abgelöst wird (Abstellungszeitraum) und den Abstellungsbeitrag. Der Abstellungszeitraum beginnt grundsätzlich mit dem 1. Januar 1924 und endet mit dem Tage vor Beginn des Kalender- oder Wirtschaftsjahrs, das für die künftige Besteuerung maßgebend ist.

Als Ablösung gelten die Vorauszahlungen einschließlich des Steuerabzugs vom Arbeitslohn und vom Kapitalertrag, die für den Abstellungszeitraum nach den maßgebenden Vorschriften und Bestimmungen zu entrichten

wären. Eine Erhöhung des Abstellungsbeitrages findet nicht statt. Der Abstellungsbeitrag kann auf Antrag herabgesetzt werden, wenn bei einem Steuerpflichtigen besondere wirtschaftliche oder persönliche Verhältnisse vorliegen haben, die seine Steuerfähigkeit wesentlich beeinträchtigt haben.

Als persönliche Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unfall oder Erkrankung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Verschuldung oder Unglücksfälle.

Als wirtschaftliche Verhältnisse kommen vor allem wesentliche Verluste in Betracht, die sich beim Vermögensvergleich ergeben. Für die Feststellung des Vermögensverlustes soll das Vermögen am Anfang und Ende des Abstellungszeitraums nach den gleichen Grundsätzen bemessen werden. Gegenstände des Anlage- und Betriebskapitals, die am Anfang und Ende des Abstellungszeitraums vorhanden waren, sind mit den gleichen Werten einzusetzen. Im Abstellungszeitraum neu angeschaffte oder bezogene Gegenstände sind mit dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis anzusetzen. Angemessene Absetzungen für Abnutzung dürfen bei Gegenständen des Anlagekapitals abgezogen werden. Bei dem Vermögensvergleich sind dem Vermögen am Ende des Abstellungszeitraumes hinzuzurechnen:

- a) die ausgeschütteten Gewinne,
- b) die Entnahmen, soweit sie nicht dem Vermögen wieder zugeführt sind. Entrichtete Steuern brauchen jedoch nicht hinzugezogen werden.

Eine Herabsetzung des Abstellungsbeitrages kommt nur in Frage, wenn wesentliche Substanzverringerungen vorliegen, daraus eine wesentliche Beeinträchtigung der Steuerfähigkeit zu folgern ist und die Handelsbilanz keinen Gewinn ergibt; ob der Vermögensverlust als wesentlich angesehen werden kann, ist nach den Umständen des einzelnen Falles zu entscheiden. Er soll als wesentlich nur gelten können, wenn er mehr als 10 v. H. des Vermögens ausmacht und mindestens 100 RM. beträgt.

Die Londonreise Gailaurs

Wie Reuter erfährt, wird Finanzminister Gailaur am Sonntag in London eintreffen und am Montag eine Besprechung mit der britischen Regierung über die französischen Schulden an Großbritannien beginnen. Wahrscheinlich wird Churchill, der zur Zeit einen Urlaub auf dem Lande verleiht, nach London kommen, um Gailaur zu empfangen.

Der Sturz des polnischen Notz

Der neue Sturz des polnischen Notz zeigt sich als internationale Erscheinung. Der Frankfurter Bericht, der aber in ganz maßigen Grenzen bleibt, kann nicht die Ursache zu diesem Sturz der polnischen Währung sein. In London liegen weiterhin so beträchtliche Angebote an polnischen Werten vor, daß man eine Fortsetzung des Notzsturzes für die nächsten Tage erwartet. Daß der neue Sturz unmittelbar nach der Amerikareise des polnischen Ministers eingeleitet hat, und daß er in New York am ausdrucksvollsten zur Geltung kam, ist ein besonderer Hinweis auf die ungünstige Stellungnahme der amerikanischen Großbank.

Strunskis Mißerfolg in Amerika

Der polnische Außenminister Strunski, der gestern von seiner Amerikareise nach Warschau zurückgekehrt ist, empfing nach seiner Ankunft Vertreter der polnischen Presse und erklärte ihnen, daß seine Reise nur kulturpolitische und propagandistische Zwecke gehabt habe, um die

amerikanische Öffentlichkeit über den Stand der polnischen Kultur zu unterrichten. Man sollte sich daher keiner Hoffnung auf irgendwelche politischen Erfolge hingeben, es sei auch kein Mißerfolg, daß er kein greifbares Ergebnis in der Frage der Unterstützung der polnischen Anleihe in Amerika erreicht habe.

Erst Valutaregelung!

Die Agenzia di Rom meldet: In italienischen politischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, vor einer Regelung der Valutaregelung könne das Kriegsschuldenproblem nicht gelöst werden.

Der Arbeitsmarkt im Juli

Die Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes im Juli, wie sie sich in den Siffern der Erwerbslosenfürsorge widerspiegelt, zeigt keine wesentlichen Veränderungen. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungs-Empfänger ist von 173 000 auf 176 000 gestiegen. Die Zahl der weiblichen ist auf rund 22 000 stehen geblieben und die Gesamtsiffer von 195 000 auf 197 000 i. h. um rund 2 Prozent angewachsen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, der unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern ist von 259 000 auf 252 000 zurückgegangen. Diese Zahlen lassen erkennen, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der insbesondere im Ruhrbergbau zu verzeichnen war, durch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft noch annähernd ausgeglichen werden konnte.

Das Problem Deutschland-Polen

Im Anschluß an den Pariser Aufenthalt des polnischen Außenministers Graf Strunski sind sehr lebhafteste Erörterungen darüber entstanden, ob Deutschland es zulassen kann, daß Polen direkt oder indirekt an den Verhandlungen über den Sicherheitspakt teilnehmen darf. In der ganzen Welt beschäftigt man sich mit dem deutsch-polnischen Problem, das von der französischen Diplomatie so dargestellt wird, als ob die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen bei allen Erörterungen über einen Sicherheitspakt in Rechnung gestellt werden müsse. Dadurch wird der Eindruck hervorgerufen, als beabsichtige Deutschland mit kriegerischen Mitteln die von ihm geforderte Revision der Diktate zu erzwingen und benutze die Erörterungen über den Sicherheitspakt nur dazu, die Aufmerksamkeit von seinen Absichten abzulenken. Diese Propaganda kann nur den Zweck haben, auf Deutschland einen Druck auszuüben, damit es die von Frankreich geforderten Garantien hinsichtlich der Schiedsverträge mit Polen anerkennt und in der Frage des Durchmarschrechtes, die immer wieder in Zusammenhang mit der angeblichen gefährdeten Lage Polens angeschnitten wird, seinen Widerstand aufgibt.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die deutsche Regierung wiederholt darauf hingewiesen, daß es ihr unumgänglich sein wird, die Diskussion über den Sicherheitspakt in einer derartigen Weise auf die Diktate auszuweiten. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß Deutschland die seinerzeitige Regelung der Diktate, insbesondere aber die Teilung Oberschlesiens, als ein schweres Unrecht ansieht, und daß es niemals den im Osten geschaffenen Zustand als endgültig und unänderlich anerkennen kann. Schon bei Einleitung der Erörterung über die Sicherheitsfrage ist von deutscher Seite angeregt worden, eine Revision der Diktate auf friedlichem Wege herbeizuführen und zwar kann sich Deutschland auf Artikel 19 der Völkervereinbarung berufen, der ausdrücklich vorseht, daß an den Vertragsbestimmungen des Versailler Traktates Veränderungen vorgenommen werden können. Diese Veränderungen kann Deutschland nur mit Hilfe einer vom Völkerbund eingeleiteten Aktion herbeiführen, und es wäre eine völlig falsche Darstellung der Absichten Deutschlands, wenn man von der Möglichkeit eines deutschen Ueberfalls auf Polen reden wollte. Die Möglichkeiten eines deutschen Angriffes erörtern zu wollen, wäre aber auf jeden Fall absurd, wenn nicht gleichzeitig auch die Möglichkeiten eines polnischen Ueberfalls auf Deutschland in Betracht gezogen werden, denn es hat sich herausgestellt, daß die Politik Polens seit der Errichtung des selbständigen polnischen Staates stets und in jeder Form aggressiv gegenüber seinen Nachbarn gewesen ist. Das Prinzip der Gegenseitigkeit verlangt jedenfalls, daß die Sicherheit Deutschlands mindestens ebenso stark in Betracht gezogen wird, wie die Sicherheit der anderen beteiligten Mächte.

Die deutsche Regierung hat sich von vornherein über die Fragen der Diktate sehr offenherzig ausgesprochen, und sie wird auch in Zukunft nicht mit ihrer Auffassung zurückhalten. Deutscherseits muß man aber immer wieder daran erinnern, daß bisher die Frage der Sicherungen im Osten noch nicht zur Erörterung gekommen hat und daß der zur Diskussion gestellte Sicherheitspakt sich ausschließlich auf die Bestimmungen bezieht, die das Einseitige der deutsch-polnischen Frage in die Erörterungen bedeutet nur eine sehr erhebliche Erörterung des gesamten Problems und man kann schon jetzt voraussagen, daß man damit die Lösung des Sicherheitspaktes seinen Schritt vorwärts bringt. Wenn in den letzten Tagen wieder von einer Verzögerung der ganzen Sicherheitsverhandlungen gesprochen worden ist, so glaubt man deutscherseits Grund genug zu der Vermutung zu haben, daß daran nur das ganz unerwartete Da-